

Montags-Ausgabe
17. Januar 1916

Zeitung

und gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zenträm 8639 und 8690

gen Griechenland

Die verteuerte Briefmarke.

Von

Georg Bernhard.

Unter den neuen Steuern, die der Reichsschatzsekretär bei nächster Gelegenheit dem deutschen Reichstag vorlegen will, soll sich auch eine Erhöhung des Portos und der Telephongebühren befinden. Wenigstens liest man das jetzt so in allen möglichen mehr oder weniger halbamtlichen Korrespondenzen und Artikeln der schweizerischen Presse. Dort wird überall diese Maßnahme als ganz selbstverständlich hingestellt. Sie ist es auch dann, wenn man es als selbstverständlich ansieht, daß man mit den neuen Steuer-gesehen auf bereits ausgetretenen Pfaden bequem fort-schreiten will, um sich die Mühe zu ersparen, das System des Bestehenden einmal ordentlich durchzudenken und neu umzu-ordnen.

Was aber selbstverständlich scheint und bequem ist, braucht deshalb noch lange nicht richtig zu sein. Das fiskalische Ziel — eine Erhöhung der Einnahmen — kann man allerdings schematisch auf die Weise erreichen, daß man vom einzelnen Verkehrsakt eine höhere Abgabe nimmt. Das gleiche Ergeb-nis läßt sich aber auch auf die Art erreichen, daß der Verkehr wächst und damit die Zahl der zu steuernden Verkehrsakte zunimmt. Ist das in starkem Maße der Fall, so würde sich sogar selbst bei einer Ermäßigung der Verkehrssteuern noch ein Mehrertrag in der Schlusrechnung ergeben. Erhöht man die Verkehrsabgabe, so bedeutet die Mehreinnahme unter Umständen eine Art von Strafsteuer auf die leben-dige Betätigung. Es liegt in der Erhöhung von Verkehrs-steuern unausgesprochen die Tendenz, daß endlich einmal die Belästigung der Herren Staatsbeamten durch das Bür-gertum aufhören soll. Unser Reichspostsekretär hat ja bei der Erhöhung der Telephongebühren vor einigen Jahren den Grundsatz ganz deutlich ausgesprochen, daß, wer die Tele-phonämter viel in Anspruch nimmt, dafür auch bezahlen könne. Jeder Kaufmann handelt umgekehrt. Er weiß, daß der, der ihn am meisten in Anspruch nimmt, ihm auch am meisten zu verdienen gibt. Deshalb erhalten die großen Kun-den einen Rabatt, und man teilt ihnen in jedem Briefe freundlich einladend mit, daß man ihnen „stets gern zu Diensten“ ist. Aber der Fiskus handelt wie alle Monopoli-inhaber: er will mit möglichst wenig Mühe möglichst viel Ver-dienst erzielen. Die Leute — die ihm ja doch kommen müssen — sollen gehörig geschöpft werden.

Man kann Finanz-Politik und Wirtschafts-Politik nicht voneinander trennen. Man kann es besonders nicht im Hin-blick auf Verkehrssteuern. Vor allem aber darf man die Wechselwirkung zwischen Steuern und Wirtschaft nicht in der jetzigen Zeit vergessen. Wir sind uns heute schon vollkommen klar darüber, daß wir alle Steuermittel, die uns überhaupt zur Verfügung stehen, zur Deckung der Kosten dieses Krieges werden in Anspruch nehmen müssen. Alle indirekten und alle direkten Steuern. Die notwendige Erhöhung der Steuern auf das Einkommen wird unendlich viele Leute sehr hart treffen. Wo da die Grenze zwischen dem Steuerfuß, der un-erträglich wird, und dem, der noch gerade das Leben ermög-licht, zu ziehen ist, wird sehr schwer zu sagen sein. Gegenüber gewissen pessimistischen Strömungen, die sich jetzt breit machen, soll hier aber doch einmal festgestellt werden, daß der Mensch an direkter Besteuerung ein ganz erhebliches Maß vertragen kann. Man geht von ganz falschen psychologischen Voraus-setzungen aus, wenn man annimmt, daß eine hohe Einkommen-besteuerung entmutigt und von Geschäften abschreckt. Man darf da nie verwechseln, was die Leute in der Mut über neue Steuern sagen und was sie hinterher tun. Im Gegenteil, man kann ruhig den Satz aufstellen, daß je höher die Steuer (vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt innerhalb vernünftiger Grenzen hält) desto stärker der Drang der Steuererten wird, ihr alles Nettoeinkommen durch Vermehrung der Umsätze und damit durch Erhöhung der Verdienste wiederherzustellen. Freilich besteht hier zwischen den verschiedenen Arten der Be-steuerten ein Unterschied. Der Rentner, der aus einer sich gleich bleibenden Anlage Nutzen zieht, kann sein Einkommen schwer erhöhen. Das Rentnereinkommen bis zu einem ge-wissen — für die Aufrechterhaltung des Lebens notwendigen — Betrage muß daher auch vom Steuergesetzgeber besonders pfleglich behandelt werden, um keine zwangswise Verschä-